Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile des amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 63 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 15 März 1926

Der Entscheidung entgegen.

Vandervelde erklärte nach Schluß der letzten Sitzung des Völkerbundrates, daß die Völkerbundversammlung sich am Dienstag mit dem Aufnahmegesuch Deutschlands beschäftigen werde. Sollte man bis dahin zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangt sein, so würden eben alle interessierten Mächte vor dem Forum der Vollversammlung ihre Ansprüche und Auffassungen darlegen und Rechenschaft darüber ablegen müssen, was die einzelnen im Interesse der Gesamtheit zur Herbeiführung einer Einigung getan hätten bzw. was sie in dieser Richtung nunmehr zu tun gedächten.

*

Das unwürdige Schauspiel in Genf wird munter fortgesetzt. Mit Händen und Füßen sträuben sich noch immer England, Frankreich und Italien, ihr Versprechen einer bedingungslosen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erfüllen. Man frühstückt, man trinkt Tee und sagt sich dabei in aller Höflichkeit die größten Grobheiten. Man hält auch Sitzungen ab, überflüssige und ergebnislose. Auch die Völkerbundversammlung selbst ist am Sonnabend zusammengetreten und hat sich dabei über Dinge unterhalten, die keinen Menschen interessierten. Aber schließlich müssen doch auch diese Delegierten so tun, als ob sie etwas zu tun haben.

Am Sonnabend nachmittag ist aber auch der Völkerbundrat zusammengekommen, hat vier Stunden debattiert und ist ergebnislos auseinandergegangen. Sonntag nachmittag war Fortsetzung der Debatte. Man steht auf genau demselben Punkt wie acht Tage zuvor, als die erste Zusammenkunft der Vertreter der Locarnomächte stattfand, und ist nicht um eine Haaresbreite weitergekommen. Nun spricht man davon, daß man am Dienstag die endgültige Entscheidung fällen, also das Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbundrat genehmigen oder verwerfen will, verwerfen nämlich dadurch, daß man die Erledigung des Gesuches auf den Spätherbst verschiebt. Daß ein solcher Beschluß automatisch die Zurückziehung des Gesuches zur Folge haben würde, dürfte kaum zweifelhaft sein.

„Du mußt es dreimal sagen . . ." — kann man zwar zitieren, doch trifft das Zitat für Genf nicht ganz zu, weil die deutsche Delegation ihren Standpunkt schon mindestens — zehnmal entwickelt hat, man auf der Gegenseite aber trotzdem an die Unverrückbarkeit des deutschen Standpunktes immer noch nicht zu glauben scheint. Nun hat es Dr. Luther in einem längeren Interview der schweizerischen Presse noch einmal gesagt: Deutschland werde, noch bevor es Mitglied des Völkerbundes sei, unablässig von ein paar Mächten zu einer Festlegung seiner Politik im Völkerbunde gedrängt. Das sei eine Unmöglichkeit schon deswegen, weil andere Mächte ganz anderer Ansicht über die künftige Organisation des Völkerbundes sind. Solange man mit den anderen Mächten über den Eintritt Deutschlands verhandelt habe, sei nie von einer Umgestaltung der Völkerbundorganisation die Rede gewesen. Selbstverständliche Voraussetzung unseres Eintritts sei eben immer nur der Völkerbundrat gewesen, so wie er jetzt ist. Was später werden wird, wenn wir erst einmal Mitglied sind — darüber werden wir erst später reden können. Und sämtlichen in Genf versammelten Berichterstattern der ausländischen Presse hat es der Reichsaußenminister Dr. Stresemann auch noch einmal gesagt und er scheute sich nicht, das Kind beim richtigen Namen zu nennen, indem er die Situation in Genf als „beinahe grotesk" bezeichnete. Immer sollen wir ohne Mitglieder des Völkerbundes zu sein, bindend Stellung nehmen zu seiner weiteren Entwicklung. Und dabei sind sich die Mächte des Völkerbundrates selbst über diese Entwicklung uneinig. Deutschland sei aber einverstanden mit der Bildung einer Kommission, die diese zukünftige Umgestaltung beraten und sogar hierfür ganz bestimmte Richtlinien mit auf den Weg erhalten soll — doch das habe ja alles gar nichts mit der versprochenen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu tun.

Und Dr. Stresemann hat es in einem langen Artikel im „Journal de Genève" noch einmal gesagt: „Deutschland ist bereit, sich nach seiner Aufnahme in den Völkerbund dafür mit einzusetzen, daß die Frage einer Änderung des Völkerbundrats im Herbst gelöst werde." Dazu eben als Vorbereitung die Kommission! Und wie sich dann im Herbst die Mehrheit der Völkerbundversammlung entscheiden wird, wird Deutschland — gleichgültig, ob es in der Mehrheit oder in der Minderheit bleibt — hinnehmen.

Wirklich möchte man jetzt nur noch zitieren: „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!"

Die Besatzung im Rheinlande.

Wird sie vermindert?

In Paris unterhält man sich in letzter Zeit wieder lebhaft über die Stärke der Besatzung im Rheinlande. Wie das „Petit Journal" mitteilt, wird in französischen Militärkreisen die Frage einer beträchtlichen Verminderung der Rheinarmee entsprechend dem Abkommen von Locarno erwogen. Die Einheiten, die zunächst nach Frankreich zurückgeschickt werden, werden wahrscheinlich die Metzer Jäger, das 21. und 26. Infanterieregiment, der Generalstab und die Artillerie der 4. Division sein. Weiter soll der Generalstab eines Armeekorps aufgelöst werden. Der Generalstab der Armee und die ihm unterstehenden Dienststellen sollen in der Zone von Metz, Forbach und Bitsch untergebracht werden, der Generalstab des 6. Armeekorps in Chalons. Das „Petit Journal" glaubt, daß eine baldige Entscheidung über dieses Projekt, das bereits seit einiger Zeit geprüft wird, in Aussicht steht.

Luthers Erklärung in Genf.

„Der Geist des Völkerbundes".

Auf dem Höhepunkt der kritischen Lage in Genf, kurz vor der Ratsitzung am Sonnabend, die die Entscheidung bringen sollte, umriß Reichskanzler Dr. Luther nochmals in einer Besprechung mit auswärtigen Pressevertretern den gegenüber allen Anfechtungen festgehaltenen deutschen Standpunkt. Er sagte dabei:

„Deutschland ist nach Genf gekommen, um durch seinen Eintritt in den Völkerbund das Friedenswerk von Locarno zu verwirklichen. Die deutsche Delegation wurde zu Besprechungen mit den Signatarmächten des Rheinpaktes eingeladen, bei denen ihr der Wunsch eröffnet wurde, daß Deutschland vor dem Eintritt in den Völkerbund grundsätzlich der Vermehrung der Ratsitze um drei zustimmen sollte. Die deutsche Delegation antwortete, daß sie als künftiges Mitglied des Bundes und Rates damit einen schweren Verstoß begehen würde, denn außer den drei Mächten, die Ratsitze verlangen, sind noch drei andere, die denselben Wunsch haben, und deren Bedeutung Deutschland nicht minder hoch einschätzen könne. Außerdem besteht innerhalb des Rates grundsätzlicher Widerstand gegen jede Erweiterung und Deutschland könne das Gewicht dieser Auffassung nicht von vornherein abschwächen. In dem weiteren Verlauf der Dinge trat dann die Frage der drei Ratsitze in den Hintergrund und es wurde Deutschland nahegelegt, sich einverstanden zu erklären mit der Verleihung eines ständigen Ratsitzes an Polen. Auch diesem Vorschlag konnte Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund nicht beitreten; diese Forderung ist weder durch das Statut des Völkerbundes begründet noch findet sie eine Stütze in den von Deutschland übernommenen Verpflichtungen. Deutschlands Zustimmung würde auch gegen den Geist des Völkerbundes verstoßen. Denn es handelt sich um eine Frage, welche Sache des Bundes ist und sämtliche Mitglieder berührt; eine solche Frage kann aber nicht zu dem Gegenstand des Interesses nur einiger Mitglieder gemacht werden. Die Verleihung eines nichtständigen Ratsitzes an eine Macht ist das souveräne Recht der Bundesversammlung. Würde Deutschland sich von vornherein in dieser Frage binden und Sonderabmachungen mit einigen Mächten treffen, so würde Deutschland in schwerer Weise die Rechte der Völkerbund- und Ratsmitglieder beeinträchtigen."

Aus diesen Gründen, die so einleuchtend und selbstverständlich wären, daß sie keiner weiteren Worte bedürften, hätten die Deutschen unverrückbar auf ihrem anfänglichen Standpunkt beharren müssen.

Einschränkungen bei der Reichsbahn.

Keine Tariferhöhungen.

Wegen des anhaltenden Rückganges der Einnahmen bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind die Reichsbahndirektionsbezirke zu Erhebungen über mögliche umfangreiche Ersparnismaßnahmen angewiesen worden. Dabei hat sich die Reichsbahngesellschaft von der Erwägung leiten lassen, daß Tariferhöhungen im Augenblick untragbar sind. Hinsichtlich der Ersparnismaßnahmen sind neben technischen Verbesserungen Einschränkungen in allen Betriebszweigen der Reichsbahn in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden. In erster Linie könnte es sich vielleicht darum handeln, die Zahl der Güterzüge zu verringern und diese oder jene Personenzüge wegen zu geringer Benutzung ausfallen zu lassen. Von einer allgemeinen Einschränkung des Personenzugverkehrs kann aber keine Rede sein, weil die Reichsbahn sich damit ins eigene Fleisch schneiden würde.

*

Zu den Einschränkungen der Reichsbahn.

Abbau des Personenverkehrs um 10 %?

Die Verkehrszahlen der Reichsbahn sind schon seit längerer Zeit einem ständigen Rückgang verfallen. Den Rückgang soll nun durch eine allgemeine Einschränkung der Betriebsausgaben Rechnung getragen werden. Im Rahmen dieser Einschränkungen plant man auch eine Verminderung des Personenverkehrs, und zwar, wie entgegen früheren Meldungen verlautet, um 10 %. Diesem Abbau sollen besonders die schlecht besetzten Züge verfallen. Ihre Zahl ist besonders groß, und so gibt es auf der Strecke Berlin—München Tages- und Nachtzüge, die fast vollkommen leer laufen. Die Reichsbahn hat nicht mehr genug Geld, um diese Züge rein aus Prestigegründen weiterlaufen zu lassen. Ein Termin für die in Aussicht genommenen Maßnahmen steht noch nicht fest, da eine endgültige Entscheidung bei der Hauptverwaltung noch nicht gefallen ist.

Grubenunglück in Beuthen.

34 Verschüttete, 13 Gerettete, 3 Tote.

Auf der Karsten-Zentrum-Grube in Beuthen ging aus bisher noch unaufgeklärter Ursache eine Strecke zu Bruch. Bei dem Unglück sind 34 Bergleute eingeschlossen. Das Unglück machte sich in Beuthen allgemein dadurch bemerkbar, daß ein heftiger Erdstoß verspürt wurde. Aus dem nördlichen Stadtteil wird berichtet, daß die Fenster, besonders in den oberen Stockwerken, klirrten, und die Möbelstücke und Einrichtungsgegenstände in den Wohnungen ins Wanken gerieten. In den Kellerwohnungen will man den Eindruck gewonnen haben, als ob der Fußboden unter den Füßen wich. Den Bemühungen der Rettungsmannschaften auf der Karsten-Zentrum-Grube ist es gelungen, 13 Bergleute unverletzt zu bergen. Da die Rettungsarbeiten, die in vollem Gange sind, noch bei weitem nicht abgeschlossen sind, läßt sich vorläufig Näheres noch nicht melden. Es kann lediglich festgestellt werden, daß die Eingeschlossenen ständig Lebenszeichen geben. Das Unglück ist auf Sohle 727, der vorletzten Sohle der Grube, vorgekommen. Die Grube ist Eigentum der Schlesischen Aktiengesellschaft. Einer späteren Meldung zufolge sind auch 3 Tote geborgen worden.

Von 34 Bergleuten 32 geborgen. 2 Tote.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Beuthen, 14. März. (Telunion.) Der Ausgang des Grubenunglücks auf der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen stellt sich nunmehr weit günstiger, als zunächst angenommen werden mußte. Durch die unermüdliche Arbeit der Rettungskolonnen konnten bis heute um 2,30 Uhr nachmittags von den 34 eingeschlossenen Bergleuten 32 lebend gerettet werden. Von ihnen sind drei leicht verletzt. Heute morgen gegen 6 Uhr konnte ferner ein Toter geborgen werden. Es wird also noch ein Bergmann vermißt, an dessen Bergung ununterbrochen gearbeitet wird. Von der Unglücksstelle abgesehen, ist das Grubengebiet unversehrt geblieben, so daß der Betrieb der Karsten-Zentrumsgrube in vollem Umfange aufrecht erhalten bleibt.

Ministerpräsident Held zur Wirtschaftslage

Eine Vernichtungskrise.

Auf der Generalversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes verbreitete sich Ministerpräsident Dr. Held über die schwere Lage der deutschen Wirtschaft. Er führte dabei aus, die jetzige Situation sei keine Gesundungskrise in dem Sinne, daß eine blühende Wirtschaft wie im Jahre 1914 aus ihr hervorgehen würde; sie sei vielmehr eine Vernichtungskrise. Der Ministerpräsident warnte auch vor der übermäßigen Inanspruchnahme von Auslandskrediten, man werde sonst der Sklave des Auslandes werden. Bei Ratschlägen zur Sparsamkeit des Staates müsse immer geprüft werden, ob man bei sich zu Hause in dieser Richtung schon das Notwendige getan habe. Der Staat sei bereits so weit wie irgend möglich gegangen, aber auch in der Wirtschaft sei man überorganisiert. Er bedauere, daß er bei den Maßnahmen zur Preissenkung starken Widerstand gefunden habe. Auch aus währungspolitischen Gründen seien Maßnahmen zur Preissenkung dringend geboten gewesen. In bezug auf den Parlamentarismus sei zu fordern: ein höheres Wahlalter, größeres Verantwortlichkeitsgefühl und als Korrektiv für das Parlament eine kleine Gesellschaft verantwortungsbewußter Männer aus allen Ständen, der ein Vetorecht zu geben sei.

Vernehmung des Oberleutnants Schulz.

Der Femeausschuß im Untersuchungsgefängnis.

Der Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtages hielt im Konferenzsaal des Untersuchungsgefängnisses in Moabit eine Sitzung ab, um den in Untersuchungshaft befindlichen beschuldigten Oberleutnant Schulz zu vernehmen. Schulz gab auf Befragen an: Anfang 1924 trat ich als Angestellter zum Zentralverband der Landarbeiter über mit dem Auftrage, die Landarbeiter in Genossenschaften zusammenzuschließen, um unter Ausschaltung des Zwischenhandels der notleidenden Landbevölkerung billige Lebensmittel zu verschaffen. Meine Tätigkeit war eine rein kaufmännische, mit den gewerkschaftlichen oder politischen Zielen des Landarbeiterver-